

ebh
40 **JAHRE elternbund hessen e.v.**
vier jahrzehnte mitdenken · mitwirken · mitentscheiden



***Festschrift zum 40jährigen Jubiläum
des elternbund hessen e.v.***

Redaktionsecke	2	<i>Liebe Leserinnen, liebe Leser,</i>
Seit 40 Jahren engagiert sich der elternbund hessen für eine bessere Schule	3	<i>„Es wird Zeit für eine neue Initiative“ hieß es im Gründungsaufruf des elternbund hessen. Das ist jetzt 40 Jahre her, Zeit für einen Rückblick.</i>
<i>Von Klaus Wilmes-Groebel</i>		
Schulreform in Hessen vor 40 Jahren	4	<i>In dieser Festschrift blicken wir zurück auf die Anfangszeiten, die Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg in seinem Beitrag „Schulreform in Hessen vor 40 Jahren“ zum 30-Jährigen für den ebh-elternbrief geschrieben hat. Wir erinnern an die Aktivitäten des elternbund, geschildert in der Festrede von Bernd Rudloff zum 10-jährigen und den Beiträgen von Hans Schmalz und Hannah de Graauw-Rusch zum 20-jährigen Jubiläum.</i>
<i>Von Ludwig von Friedeburg</i>		
10 Jahre elternbund hessen und ein bisschen weiser?	6	
Grußwort zum 10-jährigen Jubiläum	7	
<i>Von Bernd Rudloff</i>		
Es wird Zeit für eine neue Initiative! Gründungsaufruf 1979	7	
Aus der Gründerzeit des ebh	7	
<i>Von Hans Schmalz</i>		
Und so ging es weiter mit dem elternbund hessen	8	<i>Außerdem schauen wir auf die Themen, die in diesen 40 Jahren den elternbund beschäftigt haben. Sie betreffen sowohl die – teils turbulenten – bildungspolitischen Entwicklungen in den vergangenen 40 Jahren als auch die pädagogische Erneuerung von Schule. Und wir haben festgestellt: Viele von ihnen sind erstaunlich aktuell!</i>
<i>Von Hannah de Graauw-Rusch</i>		
„Das gegliederte System lebt von Mythen“	10	
Kindgerechte Schule	12	
Schule in der Demokratie	14	<i>Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen!</i>
Lehrermangel, Unterrichtsausfall und keine Ende ...	15	<i>Ihre Redaktion</i>
Ganztagsschulen dringend gesucht!	16
„Schule war schon immer ein Politikum“	18	
Wir brauchen eine Schulwende!	19	
<i>Ein Ausblick von Klaus Wilmes-Groebel</i>		
Die Elternratgeber des elternbund hessen	20	

Impressum

Festschrift 40 Jahre ebh · Oktober 2019

Herausgeber: elternbund hessen e.V.

Oeder Weg 56 · 60318 Frankfurt

Telefon: 069 553879 · Fax: 069 5962695

E-Mail: info@elternbund-hessen.de

Internet: www.elternbund-hessen.de

Bankverbindung: Postbank Frankfurt

IBAN: DE 45 5001 0060 0415 7306 04

BIC: PBNKDEFFXXX · Postbank Frankfurt

Redaktion: Hannah de Graauw-Rusch (verantw.)

Layout und Druckvorlage: gdfstudio@t-online.de

GDF Studio Albert Wiedenmann, Frankfurt

Druck: Druckerei Pollinger, Frankfurt

Auflage: 500

Seit 40 Jahren engagiert sich der elternbund hessen für eine bessere Schule

Von Klaus Wilmes-Groebel



Der elternbund hessen wurde in 1979 gegründet als Bündnis reformorientierter Eltern, die die damaligen Schulreformen unterstützen wollten.

Was war vor 40 Jahren?

Die 1970er Jahre waren die Zeit der Bildungsreformen. Mitte der 1960er Jahre hatte Georg Picht aufmerksam gemacht auf die „Deutsche Bildungskatastrophe“. Die Zahl der Kinder mit einem höheren Bildungsabschluss war in der BRD im Vergleich zu anderen westlichen Industrieländern sehr gering. Der Wirtschaft fehlten qualifizierte Fachkräfte. Ralf Dahrendorf identifizierte die benachteiligten Gruppen mit der Symbolfigur des „katholischen Mädchens vom Lande“. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsfragen empfahl in seinem „Strukturplan für das deutsche Bildungs- und Erziehungswesen“ die Einführung von Gesamtschulen, um die Chancengleichheit von Kindern aus nicht-akademischen und ländlichen Milieus zu verbessern.

Was ist seitdem passiert?

Nicht nur Hessen reagierte: begleitet von z. T. heftigen Schulkämpfen wurden viele Reformen im Schulwesen, in der Lehrerbildung und in der Schulorganisation angegangen. Nach Bundesland sehr wohl unterschiedlich (hier liegt vielleicht auch ein Problem), wurden Förderstufen und Gesamtschulen eingerichtet, das 3-gliedrige Schulsystem abgeschafft, neue Förderschulen eingerichtet und wieder abgeschafft, die Integration von behinderten Kindern in das Regelschulsystem eingeleitet, die Schulsozialarbeit kam an die Schulen usw. usf.

In der Tat gibt es heute mehr Kinder und Jugendliche mit einem gehobenen

Schulabschluss als jemals zuvor. In der Tat gibt es inzwischen Integration und Inklusion, auch an Hessens Schulen.

...aber:

Es gibt ebenfalls Rekordzahlen an Kindern und Jugendlichen ohne Schulabschluss, an Jugendlichen, die nicht richtig lesen und schreiben können, an jungen Menschen, die nicht wirklich am gesellschaftlichen Diskurs partizipieren können, die Fake News und Info-Overflow schutzlos ausgeliefert sind.

Die Umsetzung der Inklusion geht viel zu langsam. Es gibt immer noch viel zu viele Kinder, die auf Grund der Rahmenbedingungen keine inklusive Schule besuchen können. Unser Förderschulsystem steht nach wie vor in voller Blüte!

Aus meiner Sicht ist das Grundübel, dass große Teile unseres Schulsystems immer noch an Selektion ausgerichtet sind, viel zu viele Schulformen beschäftigen sich als Erstes immer wieder damit zu definieren, für wen sie **nicht** zuständig sind. Und genau das ist unglaublich teuer und falsch. Die Kinder, die – aus welchen Gründen auch immer – von Realschulen und Gymnasien aussortiert werden, müssen mit reduzierten Bildungs- und Lebenschancen leben. Unser Schulsystem produziert Ausschuss und zwar mit System!

Die Aktivitäten des elternbund hessen heute

Wie vor 40 Jahren kämpfen wir für ein Schulsystem, das allen Kindern die gleichen Chancen gibt. Wir betätigen uns dabei mit drei Schwerpunkten:

– Wir werben für eine kindgerechte Schule, eine Schule für alle Kinder, in der die individuelle Förderung eines jeden Kindes im Mittelpunkt steht.

– Wir werben für eine demokratische Schule, in der die Mitsprache von Schüler*innen und Eltern ernst genommen wird und die Schüler*innen in die Gesellschaft entlässt, die fähig und willens sind, sich an der Gestaltung ihrer Lebenswelt qualifiziert zu beteiligen.

– Wir beraten und unterstützen Eltern, die im Schulsystem drin sind, die lokal oder auf Landesebene für Verbesserungen kämpfen, besonders die Eltern, die sich in den Mitwirkungsgremien engagieren.

Das bedeutet, dass der elternbund sich zu schulpolitischen Fragen äußert, bei Anhörungen im Landtag, in Stellungnahmen zu Maßnahmen und Gesetzesentwürfen der Landesregierung und in der Presse. Wir beteiligen uns an vielfältigen Aktionen im Land, an Demonstrationen und Bündnissen, wie zuletzt z. B. an Aktionen gegen den Sanierungsstau, die in vielen hessischen Städten und Gemeinden stattfinden.

Dieses haben wir in der Vergangenheit getan und wir werden es weiter tun! Unser 40-jähriges Jubiläum ist eine hervorragende Gelegenheit für eine Bestandsaufnahme, aber auch für einen kritischen Blick nach vorne.

Ich glaube, dass nur mehr Geld und mehr Personal unsere Schulprobleme nicht lösen werden, wir müssen auch schulsystemisch nachdenken, wir brauchen eine neue Schulreformediskussion! Deswegen werden wir unter der Überschrift: „Schule 2050“ nicht nur diskutieren, wie eine gut ausgestattete Schule aussehen muss, sondern auch einen Blick darauf wagen, wie ein ganzheitliches Schulsystem aussehen kann!

Klaus Wilmes-Groebel ist Vorsitzender des elternbund hessen e. V.

Um das Schulchaos der Nachkriegszeit zu beenden, schlossen die Länder der Bundesrepublik Anfang 1955 in Düsseldorf das „Abkommen zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens“. Es konnte zwar kein gemeinsamer Schuljahresbeginn erreicht werden, aber der Vertrag suchte jedem Ansatz, die überkommenen Schulstrukturen zu verändern, einen Riegel vorzuschieben. Erst im Oktober 1964 unterzeichneten die Ministerpräsidenten der Länder in Hamburg ein neues Abkommen, das die dringlichen Reformen nicht länger blockierte.

Schulreform in Hessen vor 40 Jahren

Von Ludwig von Friedeburg

Von der Notwendigkeit einer weitreichenden Strukturreform des Bildungswesens war wieder die Rede, seit sein Einfluss auf Wirtschaftswachstum und technischen Fortschritt beschworen und die Kritik an der Leistungsfähigkeit des heimischen Schulsystems überdeutlich wurde. Allen Bildungspolitikern, gleich welcher Richtung, ging es um die Ausschöpfung der Begabungsreserven.

Die Sozialdemokraten hatten indessen die geteilte Schule immer schon als Hindernis für die Talentförderung aus den eigenen Reihen begriffen und daher die gemeinsame Schule mit dem erstrebten Aufstieg durch Bildung identifiziert. So brachte die Schulkritik sie aus der ganz und gar technokratischen Perspektive ihrer Kulturpolitik in den späten fünfziger Jahren wieder auf den Weg der Schulreform.

Erste Anstöße kamen aus Hessen und Niedersachsen – Länder, in denen bildungspolitische Energien weder durch Verfassungskämpfe um Konfessionsschulen gebunden noch durch vorangegangene Niederlagen in der Einheitschulpolitik gebremst wurden wie in den Stadtstaaten. Seit längerem hatte man in Niedersachsen mit dem differenzierten Mittelbau, in Hessen mit Förderstufen Erfahrungen gesammelt. Diese machte sich der Deutsche Ausschuss für seine Förderstufenempfehlung zu-

nutze, die ihrerseits die beiden Länder als Unterstützung reklamierten, bis das Hamburger Abkommen ein für alle Schülerinnen und Schüler gemeinsames fünftes und sechstes Schuljahr als Förder- oder Beobachtungsstufe generell freigab. Dabei ging es nicht um einen erneuten Versuch, die Grundschule als Primarstufe zu verlängern. Der internationalen Entwicklung entsprechend wurden Differenzierung und Stufenorganisation die neuen Schlüsselbegriffe für die Gesamtschule. Die Grundschule als Primarstufe sollte nach dem zehnten Lebensjahr beendet sein, gegebenenfalls an ihrem Anfang durch eine Eingangsstufe für die Fünfjährigen erweitert, um

den Übergang vom Spielen zum Lernen, vom Kindergarten zum Schulunterricht zu ebnet. Zudem sollte die Grundschule von aller Selektion befreit und die Entscheidung über künftige Bildungswege der Sekundarschule überlassen werden. Dazu war gemeinsamer Schulbesuch notwendig, zumindest in den ersten zwei Jahren der Mittelstufe. Die Sekundarschule sollte, anstatt der berufsständischen Gliederung zu dienen, den individuellen Fähigkeiten und Interessen des einzelnen Schülers gerecht werden, die es zu entfalten galt. Also war Differenzierung erforderlich, „innere“ im gemeinsamen Unterricht und „äußere“ bei der Zuordnung der Schülerinnen und Schüler zu verschiedenen Lerngruppen und Fächern, und zugleich ein Höchstmaß an Durchlässigkeit, um das beobachtende Auslesen mit dem fördernden Orientieren zu verbinden.

Geriet die neue Oberstufenordnung erst nach dem Ende der sozialliberalen Reformphase in die harte bildungspolitische Auseinandersetzung, so stand die Neuordnung der Mittelstufe von Anfang an in deren Zentrum. Das galt für alle Bundesländer, vor allem für Hessen. Von den Problemen konfessioneller

Schulteilung unbelastet, hatte es früh die Landschulreform begonnen und eine Vielzahl unzureichender Zwergschulen durch jahrgangsgegliederte, meist mehrzügige Mittelpunktschulen ersetzt. Die Bildungschancen der Landkinder, von denen nur wenige höhere Schulen erreichten, sollten verbessert werden. Längere Schulwege wurden in Kauf genommen, die An- und Abfahrt mit Schulbussen in die Wege geleitet. Vornehmlich der Landschulreform diente auch, dass im Mai 1969 die Förderstufe als landesweites Ziel im Schulverwaltungsgesetz verankert wurde. Überdies erklärte das Gesetz die schulformbezogenen, sogenannten Kooperativen Gesamtschulen zu Regelschulen und ermöglichte die Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen als Schulversuch. Alles mit ausdrücklicher Zustimmung der Freien Demokraten, wiewohl sie damals noch zur Opposition im Landtag gehörten.

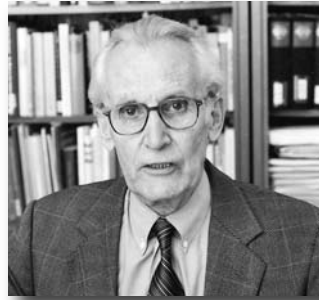


Foto: Uwe Detmar, Frankfurt

Planvoll sollten die Reformen herbeigeführt werden. Georg August Zinn hatte den Großen Hessenplan begonnen. Die neue Landesregierung unter Albert Osswald baute ihn aus und legte 1970 Einzelpläne für alle Sachgebiete und deren Entwicklung bis 1985 vor. Modernität und Chancengleichheit stellten die beiden wichtigsten Ziele dar. Das galt auch für den Zusammenhang von äußerer und innerer Reform. Die Neuorganisation der Bildungseinrichtungen und der Zusammenarbeit aller an ihnen Beteiligten wurden als Vorbedingung für die überfälligen inhaltlichen Reformen des Lehrens und Lernens angesehen. Demokratisierung müsste nicht zu Lasten der Leistungsfähigkeit von Schulen und Hochschulen gehen, deren Modernisierung nicht im Widerspruch zu vermehrter Bildungsgechtigkeit stehen.

Der hessische Schulentwicklungsplan gab erstmals einen Überblick über alle öffentlichen Schulen im Lande und behandelte die Strukturfragen ihrer Reform. Er beschrieb die künftige Stufenorganisation sowie das Verfahren der landesweiten Schulplanung. Ausgehend von den voraus geschätzten Bevölkerungsdaten wurde der Bedarf an Schülern und Lehrern für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren berechnet. Die

Zielprojektion wies für 1985 die Schulstandorte der Grund-, Mittel- und Oberstufen des reformierten Schulwesens aus. Überall im Land sollte demnach auch in der Mittelstufe die Gesamtschule an die Stelle der herkömmlich getrennten Schulformen treten, so wie es für die gemeinsame Grundschule als erster Schritt in der Weimarer Republik erreicht worden war.

Um die einzelne Schülerin, den einzelnen Schüler individuell so gut wie möglich zu fördern, galt es die sogenannte innere Differenzierung als vorherrschende Unterrichtsform weiterzuentwickeln. Anregungen und Anforderungen, individuell variiert, sollten die Lernbedürfnisse aufnehmen, sich also nicht allein auf Lernleistungen beziehen. Von dem Zwang, letztere sehr früh schon gruppieren zu müssen, um den weiteren Bildungsweg jedes Kindes einer bestimmten Schulform zuzuordnen, blieb die Grundschule durch die anschließende Förderstufe verschont. Diese hatte vor allem für den Übergang zum Lernen in der Mittelstufe zu sorgen wie zuvor die Eingangsstufe für den in die Grundschule. Die angestrebte Gesamtschule integrierte die bisherigen Schulformen mit den Mitteln didaktischer Differenzierung. Der Unterricht aller Schülerinnen und Schüler in Kerngruppen, den bisherigen Klassenverbänden entsprechend, sollte im Verlauf der Schuljahrgänge 5 bis 10 zunehmend ergänzt und dann ersetzt werden durch reichhaltigen Kursunterricht, der in den Wahlfächern Interesse und Eignung, in den Pflichtfächern die Entwicklung der individuellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen berücksichtigte.

In keinem anderen Flächenstaat wurden die Chancen, welche politische Aktualität, Schülerandrang und verfügbare Finanzmittel Anfang der 1970er Jahre der Schulreform eröffneten, so konsequent genutzt wie in Hessen. Von den bis zur Mitte des Jahrzehnts neuingerichteten integrierten Gesamtschulen entstanden hier allein 64, überdies mehr als fünfzig schulformbezogene Gesamtschulen. Doch in der Folge häuften sich nicht nur die räumlichen und organisatorischen Schwierigkeiten bei einem Reformvorhaben dieser Größenordnung, machte sich nicht nur der überall herrschende Lehrermangel besonders bemerkbar. Die Bildungsreform selbst, am Anfang des Jahrzehnts getragen von einer Woge

breiter Zustimmung, geriet erneut in den Strudel wiederauflebender gesellschaftlicher Interessenkämpfe, als die Konkurrenz um die Spitzenplätze, die Studienplätze an den Universitäten, sich immer mehr verschärfte und die Aussichten auf unbegrenztes Wachstum sich mit der Ölkrise rasch verdüsterten.

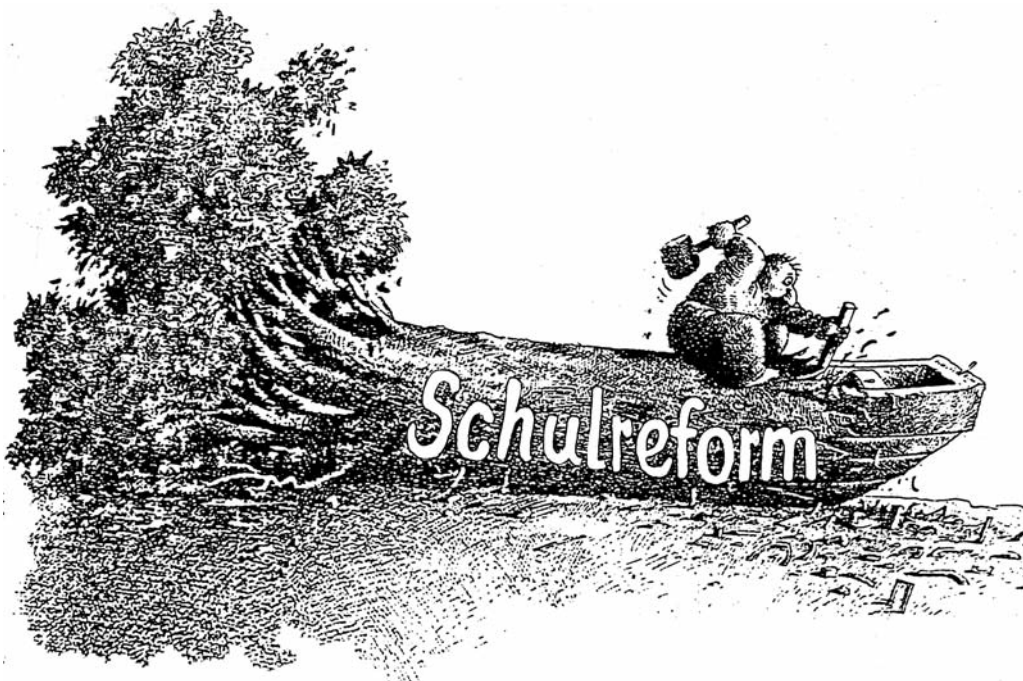
Die Konfrontation folgte dem Schema der überkommenen Interessengegensätze: Arbeitgeberverbände und bürgerliche Parteien auf der einen, Gewerkschaften und politische Organisationen der Arbeiterbewegung auf der anderen Seite. Die Kirchen hielten sich zurück. Sieht man von der wechselnden Position der Liberalen ab, waren in diesen Fronten und mit denselben Argumenten die bildungspolitischen Kämpfe um die Grundschule in den zwanziger Jahren, um die Ansätze einer gemeinsamen Mittelstufe in der Nachkriegszeit wie um die ländlichen Mittelpunktschulen am Anfang der sechziger Jahre ausgetragen worden. Stärkeren Einfluss übte inzwischen der neue Mittelstand aus, zu dem sich immer mehr Angestellte und auch Beamte zählen. Keine Gruppe ist an der Bildungsexpansion so interessiert wie sie. Nicht nur sollen die Nachkommen den erlangten Status halten oder noch verbessern, der Schulbesuch der Kinder dient überdies den Eltern, sich sozial abzugrenzen. Dafür sind Gesamtschulen und schulformübergreifende Lehrpläne wenig geeignet. Die konservative Opposition fand neuen Zuspruch und eine neue Organisationsform im Hessischen Elternverein. Nominell überparteilich verknüpfte er den Widerstand gegen die organisatorische Schul-

reform mit Protesten gegen progressive Unterrichtspläne. Sein Anspruch richtete sich zunächst auch gegen die gewählten Elternvertretungen, bis seine Mitglieder deren Organe, insbesondere den Landeselternbeirat, immer stärker bestimmten. Im Gegenzug entstand der Elternbund hessen, um die Schulreform zu unterstützen. Dieser wurde dann, auch im Landeselternbeirat, zum Sprachrohr der aufgeschlossenen Elterngruppen in der Bevölkerung.

In den folgenden Jahrzehnten behinderten die gesellschaftlichen Machtverhältnisse den Fortgang der Schulreform. Aber wie es gegen allen konservativen Widerstand gelang, die gemeinsame Grundschule am Leben zu erhalten und ihre Pädagogik im Laufe der Zeit erheblich zu verbessern, so hat jetzt die integrierte Gesamtschule als reguläre Schulform Bestand. Wenn eine sachverständige pädagogische Konzeption vereint mit dem Engagement der Lehrenden und wechselseitiger Kooperation mit der Elternschaft ihre Entwicklung trägt, erreicht sie die anspruchsvollen Ziele der Schulreform wie eine Qualitätskontrolle des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zeigte.

Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, (1924-2010), Professor für Soziologie und langjähriger Direktor des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main, war von 1969 bis 1974 Kultusminister des Landes Hessen.

(Beitrag aus dem ebh-elternbrief vom Dezember 2009)



10 Jahre elternbund hessen... und ein bisschen weiser?

Von Bernd Rudloff

In seinem Grußwort zum 10-jährigen Jubiläum zog der erste ebh-Vorsitzende Bernd Rudloff Bilanz. Im ebh-elternbrief Nr. 27 vom August 1989 wurde der Text veröffentlicht.

Wie hatte Günther Grass einmal gesagt: „Der Fortschritt ist eine Schnecke!“. So empfanden viele von uns Schulpolitik am Ende der 70-er Jahre. Ludwig von Friedeburgs Reformen gerieten immer mehr ins Stocken, blieben vielerorts Formen ohne inhaltliche Ausgestaltung. Mehr



noch: Konservative Kräfte bedrängten die „Herrschenden“, wollten das Rad der Geschichte mit Hilfe eines demokratischen Instrumentariums „zurückdrehen“.

Da reichte es einigen von uns „Elternvertretern“, denen der tägliche Einzelkampf mit „Schule schlechthin“ als Sisyphus-Arbeit erschien. Nur gemeinsam sind wir stark und politisch wirksam! So kam es dank der Ideen einiger Weniger vor 10 Jahren zur Gründung unseres ebh, gedacht zunächst als politische Elterninitiative, Gegenbewegung zu den erstarkenden konservativen Kräften im Lande. Unser Markenzeichen war die „Fortschrittlichkeit“, ein Forum für reformwillige Eltern wollten wir sein. Als politischer „Senkrechtstarter“ schockten wir unsere Gegner, aber auch manche Freunde, ob unserer unkonventionellen Art: bevor die Gegenreform – wie in Nordrhein-Westfalen –

bei uns in Hessen greifen konnte, mussten wir selbst aktiv werden und ein „Volksbegehren“ beginnen. Die Journalisten hatten wir sofort auf unserer Seite, da gab es viel Interessantes für sie zu berichten, und wir „fütterten“ sie auch gerne mit umfassenden Informationen.

Wieviel so ein Volksbegehren für die Förderstufe denn kosten würde, wollten sie gleich beim ersten Mal wissen. Naja, etwa 2 Millionen Mark, schätzten wir. Woher denn so viel Geld kommen würde, fragten sie weiter. Von vielen Bündnispartnern in Hessen und von unseren reformwilligen Mitgliedern antworteten wir.

Was niemand wusste, außer viel Mut, meinem privaten Briefkasten, der täglich überquoll und der politischen Unterstützung der JUSOS aus Südhessen besaßen wir eigentlich nichts! So verliefen die ersten Monate unserer Existenz in stetiger Improvisation, mit geliehenem Arbeitsgerät und Geld, später dann mit den eingehenden Spenden guter Freunde und Mitgliedsbeiträgen.

Die Räumlichkeiten einer früheren Wäscherei setzten diesem Vagabundieren dann endlich ein Ende. Bis heute ist diese Geschäftsstelle im Oeder Weg in Frankfurt Elterntreffpunkt und Anlaufstelle vielfältiger Anfragen, von Beginn an umsichtig betreut durch Inge Schmalz, später verstärkt durch Hans-Wilfried Kühlen, den heutigen Geschäftsführer der hessischen GEW.

Schon sehr bald merkten wir, dass es bei der erfolgreich beendete Initiative zur Förderstufe nicht bleiben konnte. Unsere Mitglieder erwarteten mehr als die (formale) Verabschiedung eines Förderstufenabschlussgesetzes.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit schulischen Problemfeldern bekam wachsende Bedeutung, führte bis zur Zusammenarbeit mit anderen Elternorganisationen in Hessen und dem Bundesgebiet. Diese Arbeit mit ausländischen Elternvertretern und mit Behindertenorganisationen, die ihre Kinder in der Regelschule integriert wissen möchten, bildet bis heute einen Schwerpunkt inhaltlicher Arbeit des ebh.

Themen wie die Gestaltung des Grundschulalltags, die Einrichtung weiterer Integrierter Gesamtschulen, gemeinsames Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten, der Etikettenschwindel mit der versprochenen „freien Schulwahl“, die „Beschäftigung“ mit dem verstockten Landeselternbeirat und die täglichen Veränderungen „von oben“ seit der „Wende“ in Hessen lassen den ebh nicht los und werden ihn in Schwung halten.

So ist unser elternbund hessen zehn Jahre jung geblieben, ein klein wenig weiter und auch weiser und keineswegs entmutigt, obwohl der Fortschritt eine Schnecke ist.

In knapp zwei Jahren sind Wahlen in Hessen. Vermitteln wir, was den Koalitionären offenbar nicht gelingen will, dass Schulpolitik noch immer einen zentralen Stellenwert bei uns Eltern besitzt und unser Kurs den richtigen und zukunftsweisenden Weg für unsere Kinder beschreibt. Der ebh-elternbrief ist dafür ein prächtiges Sprachrohr!

Die Zukunft dürfen und können nicht die Mensch und Umwelt rücksichtslos Ausbeutenden bestimmen. Sie muss den verantwortungsbewusst und solidarisch Handelnden gehören. In einer Schule, wie wir sie wollen, könnten das alle Kinder lernen!

GRÜNDUNGSAUFRUF (von 1979)

Es wird Zeit für eine neue Offensive!

Wir haben uns als gewählte Elternbeiräte zusammengefunden und stellen fest: Leistungsdruck und rigorose Auslese, Lernen unter Stress und Angst vor Mißerfolgen dürfen keine Zukunftsperspektive für unsere Kinder sein. Ein demokratischer Staat braucht selbständige sozialverantwortlich handelnde Menschen mit Mut zum kritischen Engagement.

Kinder brauchen optimale Voraussetzungen zum Lernen!

Wir stellen fest:

- Für viele Schüler ist die Schule eine Sackgasse.
- Für eine menschliche Schule, die den Kindern gerecht wird und ihnen Spaß macht, wird zu wenig Geld gegeben.
- Die freie Wahl der Ausbildung und des Berufs, die als Grundrecht verbürgt ist, gilt für viele Jugendliche nicht.
- Es fehlt an Eigenverantwortlichkeit der Lehrenden und der Mitverantwortung von Schülern und Eltern.
- Der Staat darf seine Verpflichtungen nicht nur gegenüber einer Minderheit einlösen. Er muß sich für die Mehrheit, für alle Kinder, verantwortlich zeigen.

Mit Sicherheit haben Halbherzigkeit, Wankelmüt und opportunistisches Verhalten den Reformwillen großer Teile der Eltern und engagierten Pädagogen genauso gebremst wie kleinkariertes und auf Kompetenzhäufung bedachtes Handeln von Verwaltungen.

Bildungsreform muß erkämpft werden, und es ist höchste Zeit für eine neue Offensive. Es bedarf einer realistischen Einschätzung der vergangenen Auseinandersetzungen und der politischen Kräfteverhältnisse.

Deshalb bitten wir Eltern, den Elternbund Hessen zu unterstützen und ihm beizutreten.

Aus der Gründerzeit des ebh

*Eine sehr persönliche Betrachtung
des „Zeitzeugen“ Hans Schmalz*



„... Seit der Elternbund Hessen, den nur Ignoranten mit dem hessischen Elternverein zu vergleichen wagen, sich regelmäßig ins Getümmel wirft, ist der flächendeckende Schulkampf nur noch interessanter geworden“. Das schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung u. a. in einer kritischen Glosse vom 21. Oktober 1980, also etwa ein Jahr nach Gründung des ebh. Es war wirklich ein Getümmel, es herrschte Schulkampf, Kulturkampf. Für junge Eltern heute nur noch schwer nachvollziehbar. Seit Einführung der obligatorischen Grundschule nach der November-Revolution von 1918, die in stürmischen Debatten in der Deutschen Nationalversammlung von den Konservativen als „Kinderzwangs-

zuchthaus“ gegeißelt worden war, sollte endlich in Hessen eine strukturverändernde Reform konzipiert und umgesetzt werden, die schulformunabhängige Förderstufe, deren positive Effekte in einer Fülle wissenschaftlicher empirischer Untersuchungen belegt waren. In dem von allen Ländern und dem Bund verabschiedeten Bildungsgesamtplan wurde bereits 1973 beschlossen, „daß bis 1976 mit der Einführung der Orientierungsstufe – möglichst für alle Schüler der betreffenden Altersjahrgänge – begonnen wird“. Mit Schlagworten wie „Zwangsförderstufe“, „Gleichmacherei“ u. a. wurde die Forderung nach mehr Chancengleichheit in der Schule (ein Begriff, der übrigens interessanterweise nicht im Grundgesetz auftaucht)

von den Reformgegnern aufs heftigste diffamiert. Diese hatten sich im finanziell gut ausgestatteten und organisierten hessischen Elternverein (hEV) zusammengeschlossen und versuchten den Eindruck zu erwecken, für Hessens Eltern schlechthin zu sprechen. Unschwer war jedoch erkennbar, daß es sich dabei um jene Bildungselite in unserer Gesellschaft handelte, die schon immer ihre Privilegien und Vorsprünge für ihre Kinder zu wahren wußte. Gegen die beabsichtigte Einführung der flächendeckenden Förderstufe kündigte der hEV ein Volksbegehren mit anschließendem Volksentscheid an, unterstützt vom damaligen Landeselternbeirat, wo inzwischen alle Mandate fest in hEV-Hand waren, unterstützt auch von der hessischen CDU, deren Forderungen den bildungspolitischen Aussagen des hEV entsprachen und die auf diesem Weg versuchte, ihre bildungspolitischen Vorstellungen durchzusetzen, für die es im Landesparlament keine politischen Mehrheiten gab.

Die Gründung des ebh (Elternbund Hessen) fand also in der Vorlaufphase zum geplanten Volksbegehren statt. Das

Lehrstück über die Niederlage in Nordrhein-Westfalen zur kooperativen Schule (5. und 6. Klasse als „Orientierungsstufe“) sollte in Hessen keine Wiederholung erleben. In NRW scheiterte diese Schulform an einem von Reformgegnern initiierten Volksbegehren. Auch für die dortige CDU war das Volksbegehren keine Auseinandersetzung um die bestmögliche Gestaltung des Schulwesens, sondern Vehikel zum angestrebten Sturz der Landesregierung bzw. zur Verunsicherung der SPD-FDP-Wählerschichten.

Auf dem Höhepunkt einer massiven polemischen und demagogischen Kampagne des Anfang der 70er Jahre gegründeten hEV sollte für reformorientierte Eltern der ebh gegründet werden, der in den Auseinandersetzungen mit dem hEV die notwendige Ergänzung der öffentlichen bildungspolitischen Diskussion darstellen könnte. Eltern, die sich als vorwärtsweisende Kraft verstanden, waren bisher mehr oder weniger Einzelkämpfer und konnten ihre aktive Unterstützung für eine reformorientierte Bildungspolitik unterhalb der Parteiebene nur sehr begrenzt organisiert und wirkungsvoll zum Ausdruck bringen.

Die öffentliche bildungspolitische Diskussion machte auch erhebliche Informationsdefizite deutlich, die es zu reduzieren galt, denn sie waren der beste Bündnispartner für die Reformgegner. Auch die technokratisch-juristische Schulplaner- und komplizierte Fachsprache mußte in eine allgemeinverständliche Sprache umgesetzt werden. Ein längerfristiger Ansatz also in der Elternarbeit war nötig. Der ebh-Elternbrief (die Nummer 1 erschien im Dezember 1979) war hierfür später eine wichtige Brücke.

Ein Initiativkreis „Elternverband“, dem Elternvertreter aus Kassel, Fulda, Mar-

burg und Frankfurt angehörten, traf sich am 10. September 1979 in Frankfurt. Ziel des Initiativkreises war es nicht nur, dem hEV ein entsprechendes Gegengewicht entgegenzusetzen, sondern auch grundlegende Möglichkeiten zu eröffnen, in die hessische Bildungspolitik von reformorientierter Seite einzugreifen.

Es galt zunächst zu prüfen, welche personellen und materiellen Voraussetzungen für eine Gründung notwendig waren. In einem Informations- und Erfahrungsaustausch wurde dabei festgestellt, inwieweit unsere Initiative eine realistische Grundlage beinhaltete. Über die Notwendigkeit der Gründung bestand allgemeine Übereinstimmung, über Zweck und Aufgaben gab es unterschiedliche Einschätzungen. Keinesfalls sollte sich der ebh als Transmissionsriemen für Regierungs- und Koalitionspolitik verstehen.

Am 9. November 1979 kam es in Gießen zur Gründungsversammlung. Ein Satzungsentwurf und das Grundsatzzprogramm wurden diskutiert und verabschiedet, ein Landesvorstand gewählt. Schon am 10. Oktober 1979 wurde in einer ersten Pressekonferenz der Gründungsauftrag (siehe Kasten auf Seite 7) der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Resonanz war landesweit gut. Eine hessenweite regionale Gliederung entsprechend der Landkreise und Städte wurde angestrebt.

Da unser bildungspolitischer Gegenspieler in der Öffentlichkeit unter dem Namen „Bürgeraktion Freie Schulwahl“ (nach eigenen Pressemeldungen der CDU vom Dezember 1979 als parteipolitische Initiative zu verstehen) inzwischen sein Aktionsfeld zu erweitern versuchte, plante auch der ebh eine gemeinsame Initiative für die Förderstufe mit Verbänden und Organisationen, die

sich an unseren bildungspolitischen Zielen orientierten, um den rigorosen Ausleseprozeß an unseren Schulen zu stoppen. In der „Aktion Bildung für alle“ fanden diese ihren Zusammenschluß; der ebh fungierte bei den regelmäßigen Treffen als Sprecher. Am 18. September 1980 trat das Bündnis in Frankfurt am Main zum ersten Mal an die Öffentlichkeit unter dem Motto „Bildung für alle - Ja zur Förderstufe“. Die Rodgau-Monotones haben diesen Auftakt musikalisch begleitet.

Die gemeinsame Aktion bewirkte eine intensivere inhaltliche bildungspolitische Auseinandersetzung über Förderstufe und Integrierte Gesamtschule. Dabei stellte sich sehr schnell heraus, daß wir von Anfang an und insbesondere auch „vor Ort“ oft viele Ja-Aber-Sätze bilden mußten, die sich u. a. aus der örtlichen Schulsituation ergaben. Veränderungen kosten auch Geld!

Die Aktion „Bildung für alle“ war darauf vorbereitet, den Gegnern einer weitergehenden schulischen Entwicklung ein eigenes Volksbegehren für die Einführung der flächendeckenden Förderstufe entgegenzusetzen. Dazu ist es nicht gekommen, da die Reformgegner ihr Vorhaben nicht realisierten.

Die Einschätzung unseres ebh-Mitgliedes und ehemaligen Kultusministers Ludwig von Friedeburg, daß die Auseinandersetzung um die Förderstufe nur mit dem Kampf um die gemeinsame Grundschule für alle (1919) vergleichbar sei, hat sich als zutreffend herausgestellt. Auf der juristischen Ebene – bis hinauf zum Hessischen Staatsgerichtshof – versuchten die Reformgegner die Einführung der obligatorischen Förderstufe zu verhindern – vergeblich. Daß es zu ihrer Einführung trotzdem nicht kam, darüber berichtet nachfolgend Hannah de Graauw-Rusch.

**Und so ging
es weiter
mit dem
elternbund
hessen**

von Hannah de Graauw-Rusch



Da standen wir nun im Februar 1987, freuten uns über das „Förderstufenurteil“ des Staatsgerichtshofes, das die Einführung der flächendeckenden Förderstufe als „verfassungskonform“ bestätigte. Und zugleich waren wir etwas unruhig, denn

genau zu diesem Zeitpunkt platzte die rot-grüne Koalition (Börner-Fischer). Im April fanden Neuwahlen statt und es geschah, was keiner so richtig erwartet hatte: Rot-Grün verlor die Wahl und schulpolitisch ging es mal wieder rund.

Die neue CDU-FDP-Regierung erließ noch vor den Sommerferien – und ohne größere Anhörung oder Beteiligung – das „Schulfreiheitsgesetz“ und stoppte damit im Handstreich die Einführung

der Förderstufe – auch an den Schulen, wo Eltern und Kollegium sie haben wollten.

Außerdem gab es eine neue „Übergangsverordnung“, die vorsah, dass das Urteil der abgebenden Schule (Grundschule oder Förderstufe) maßgeblich sein sollte für den weiteren Schulweg, nicht der Elternwille. Das bescherte unserer Geschäftsstelle in einigen Fällen Anrufe von empörten Eltern, die meinten, sie hätten unsere (!) Aktion „Freie Schulwahl“ unterstützt und das, was jetzt passiere, sei wohl alles andere als „Freie Schulwahl“. Da tat Aufklärung not ...

Und der nächste Schritt des Kultusministers Christean Wagner bestand darin, die Integration, das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht-behinderten Kindern, zu untersagen. Hohe Wellen schlug damals die Geschichte von Tim und Katharina, zwei behinderte Kinder, die auf Wunsch ihrer Eltern nach dem Besuch einer integrativen Grundschule mit ihrer Klasse in die 5. Klasse einer Gesamtschule wechseln wollten. Obwohl sowohl ihre Klassenkameraden als auch die beiden Schulen (die abgebende Grundschule und die aufnehmende Gesamtschule) dieses Vorhaben unterstützten, blieb der Kultusminister hart. Ideologie ging vor Elternwunsch und vor Pädagogik!

In dieser Zeit hatten der Elternbund und seine Partner im Bündnis „Bildung für alle“ viel zu tun! Und wir fanden viel Unterstützung bei den Eltern: die Zahl der Mitglieder des Elternbunds stieg an. Übrigens: die Übergangsverordnung wurde vor Gericht gekippt. Der Elternwille hat mehr Gewicht als das Lehrervotum. Ein Sieg für die hessischen Eltern!

Inzwischen waren vier Jahre vergangen und wieder gab es eine Landtagswahl. Es gab eine neue rot-grüne Mehrheit, die gleich bildungspolitisch aktiv wurde und mit dem neuen hessischen Schulgesetz einiges in Bewegung setzte. Im Gegensatz zum „Schulfreiheitsgesetz“ von 1987 wurde das neue hessische Schulgesetz erst nach einem langen demokratischen Diskussionsverfahren verabschiedet. Es gab mehrere Diskussionsveranstaltungen, Fachtagungen und Expertenanhörungen, an denen der Elternbund teilnehmen konnte. So hatten wir

immer wieder die Möglichkeit, unsere Vorstellungen von Schule und unsere Ideen über Elternmitwirkung einzubringen. Damit soll nicht behauptet werden, dass wir alles bekommen haben, was wir wollten. So wurde z. B. unserem Wunsch nach Drittelparität in der Schulkonferenz nicht entsprochen.

Das neue hessische Schulgesetz, das 1993 in Kraft trat, enthielt viele Möglichkeiten für Schulreformen, die unseren Vorstellungen einer kindgerechten Schule entsprachen. Zu nennen sind hier

z. B.

– die Einrichtung von Schulkonferenzen, als ein gemeinsames Beratungs- und Beschlussgremium von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie (in den weiterführenden Schulen) Schülerinnen und Schülern. Wir halten die Schulkonferenz für einen wichtigen Schritt in Richtung einer Demokratisierung von Schule;

– die neuen Entwicklungen in der Grundschule: die Möglichkeit auch in der Klasse 3 noch Lernentwicklungsberichte zu schreiben statt Notenzugnisse, die Einrichtung eines (spielerischen) Fremdsprachenangebots, das Modell der Betreuungsschule und – später – der verlässlichen Halbtagschule;

– ganz in unserem Sinne war die Einrichtung von Integrationsmodellen als Regelschule im Grundschulbereich und als Modellversuch in der Mittelstufe;

– auch wenn es keinen neuen Versuch gab die flächendeckende Förderstufe oder gar die flächendeckende Gesamtschule einzuführen, so verbesserten doch viele Maßnahmen die Durchlässigkeit des Schulsystems: die Übergangsregelungen und die schulformunabhängigen Rahmenpläne. Die Debatte über die Strukturreform war beendet, es ging vielmehr um pädagogische und inhaltliche Fragen.

– Das neue Fach „Arbeitslehre“ wurde Pflichtfach in allen Schulen und die Möglichkeit, fächerübergreifend zu unterrichten, eröffnete ganz neue Perspektiven für eine „gute Schule“ in unserem Sinne.

– In der ersten Legislaturperiode von Rot-Grün gab es sogar 3.000 zusätzliche

Lehrerinnen und Lehrer an Hessens Schulen.

Nach 1995 verschlechterte sich die bildungspolitische Situation mehr und mehr. Die Schülerzahlen stiegen, aber es gab keine zusätzlichen Lehrerstellen. Die Klassen wurden größer, immer mehr Unterricht fiel aus. Den Kommunen fehlte das Geld für die Renovierung von Gebäuden und für eine zeitgemäße Ausstattung der Schulen. Die Eltern protestierten gegen diese Entwicklung. Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrerinnen und Lehrer führte zu großer Unzufriedenheit in den Kollegien. Die Lust an Reform ging verloren. Es prägte sich der Slogan von „Reform bei leeren Kassen“ vor dem Hintergrund der Frage: „Was nützt unseren Kindern ein schönes Schulgesetz, wenn der Alltag in den Schulen immer düsterer aussieht?“

Auch wenn Bildungspolitik nie das ausschlaggebende Thema ist für eine Wahl, so hat doch diese breite Unzufriedenheit über die Wirklichkeit an Hessens Schulen mit zu der Niederlage von Rot-Grün bei der diesjährigen Landtagswahl beigetragen.

Und jetzt – wie geht es weiter? Wer die Geschichte der letzten 20 Jahre liest, dem wird auffallen, dass sich die Geschichte wiederholt: 1987 ein – im Schweinsgalopp verabschiedetes – „Schulfreiheitsgesetz“, in diesem Jahr ein – in ähnlichem Verfahren durchgepacktes – „Qualitätssicherungsgesetz“. Dabei hat das „Qualitätssicherungsgesetz“ so wenig mit Qualität oder gar Qualitätssicherung zu tun wie das „Schulfreiheitsgesetz“ mit Freiheit. Elternrechte werden abgebaut, sowohl bei der Wahl der weiterführenden Schule als auch in dem demokratischen Gremium der Schulkonferenz; die Schulentwicklung wird zurückgedreht auf den Stand der 50er Jahre.

Der Elternbund hat zu dieser Entwicklung in der Anhörung am 9. Juni sehr eindeutig Stellung genommen. Das bedeutet, dass der Elternbund in den nächsten Jahren weiterhin eine wichtige Aufgabe hat in der bildungspolitischen Diskussion: Anwalt zu sein für die Kinder und einzutreten für eine kindgerechte Schule. *(Die Beiträge von Hans Schmalz und Hannah de Graauw-Rusch sind aus dem ebh-Elternbrief Nr. 59)*

„Das gegliederte System lebt von Mythen“

So der Titel eines Beitrags von Prof. Dr. Klaus Klemm im ebh-Elternbrief 86. Und Mythen haben ein langes Leben ...

In den Anfangszeiten des Elternbundes hessen ging es bei der „Eine Schule für alle“ vor allem um die Einrichtung von Förderstufen und die Gründung von Gesamtschulen als Ersatz für das gegliederte Schulsystem. Ziel der Schulreformen war, mehr Kinder zu einem höheren Schulabschluss zu führen und so mehr Chancengleichheit herzustellen. Die Geschichte dieser Zeit beschreiben die ersten Beiträge in dieser Festschrift.

Gemeinsam Lernen in der Grundschule

Die 4-jährige Grundschule für alle wurde 1920 eingeführt mit dem Weimarer Schulkompromiss. Das stieß damals auf heftigen Widerstand, interessanterweise mit den gleichen Argumenten, die in den 70ern und 80ern Jahren gegen die flächendeckende Förderstufe ins Feld geführt wurden.

Gemeinsam Lernen in der weiterführende Schule

Von konservativer Seite gab es erheblichen Widerstand gegen diese Schulen des Gemeinsamen Lernens. Gerne wur-

de argumentiert mit dem „bewährten“ gegliederten Schulsystem, das „begabungsgerecht“ sei. Dabei gibt es zwei Denkfehler. Erstens sind die Gründe für das dreigliedrige System im Preußischen Beamtenrecht aus dem frühen 19. Jahrhundert zu finden – nicht in Begabungstheorien. Im Beamtenlaufbahn gab es den höheren, den gehobenen (mittleren) und den einfachen Dienst, passend dazu gab es Gymnasien, Realschulen und Volksschulen (Hauptschulen). Zweitens: Die Zuordnung der Kinder erfolgte nicht nach Begabung, sondern nach Herkunft und das war so bis in den 1950er Jahren: die Kinder der Akademiker und der hohen Beamten gingen aufs Gymnasium, die Kinder der Mittelschicht auf die Realschule und die Arbeiterkinder blieben in der Volksschule (Hauptschule) – mit wenigen Ausnahmen.

Gemeinsam Lernen von behinderten und nichtbehinderten Kindern

Dem Elternbund wurde schon bald klar: „Eine Schule für alle“ betrifft nicht nur die Regelschulen, auch die Sonderschul-



Kinder müssen in die „Eine Schule für alle“ integriert werden. 1984 hatten SPD und GRÜNEN in ihrem Abschlussprotokoll zum Thema Schulpolitik die Absicht erklärt, perspektivisch die Sonderschulen aufzuheben und Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf so weit wie möglich in die Regelschulen aufzunehmen. Dass die Regelschule sich dazu verändern musste war selbstverständlich.

Was ist das für eine Freiheit?“

Manfred Kanther nennt es „Vergewaltigung des Elternwillens“ oder „Schlag gegen die Freiheit des Schulwesens“, wenn wir unsere Kinder sechs Jahre lang gemeinsam lernen lassen wollen. Wer fragt denn Eltern von behinderten Kindern zum Beispiel in welche Schule sie ihr Kind schicken wollen? Für jede Art von Behinderungen gibt es inzwischen ja extra Schulen – oft weit weg vom Wohnviertel oder gar vom Wohnort der Eltern – und da muss das Kind dann eingeschult werden. Was ist das für eine Freiheit? ...

Was heißt hier „sorgfältige, kindgerechte Arbeit in Sonderschulen“? Beschränkung und Isolierung sind nun mal nicht kindgerecht, und an der sorgfältigen Arbeit in der Regelschule dürfte Herr Kanther doch sicher nicht zweifeln. Außerdem – warum können denn in Regelschulen keine Sonderschullehrer oder Heilpädagogen arbeiten? Behinderte Kinder brauchen gesunde Freunde, und für die nichtbehinderten Kinder ist es so wichtig, auch diese Seite des Lebens kennenzulernen und zu erfahren, dass man damit umgehen kann. Es ist bedauerlich, dass ein Landtagsabgeordneter und Volksvertreter

wie Herr Kanther offensichtlich keinerlei Gespür für das hat, was die Mehrheit der Eltern für ihre Kinder sich wünscht: Nicht alle über einen Kamm zu scheren, sondern genau das Gegenteil. Jedem die Chance geben, sich frei zu entfalten ohne Notendruck und in der Gemeinschaft mit allen Kindern ohne ständige Auslese. ...

*Anm. der Red.: Manfred Kanther (*1939) war Landesgeschäftsführer, Generalsekretär und von 1991 bis 1998 Vorsitzender der CDU Hessen. Von 1974 bis 1993 gehörte er dem Hessischen Landtag an.*

Das Vorhaben stieß auf erheblichen Widerstand, insbesondere bei der CDU. Lesen Sie Auszüge aus einem Leserbrief von Randi Valérien, Vorstandsmitglied im Elternbund hessen e. V. im Kasten unten auf der vorigen Seite. Der Leserbrief erschien im Wiesbadener Kurier vom 26. April 1984. Wir fanden ihn im ebh-Elternbrief 11 vom Juni 1984.

Vom Gemeinsamen Lernen zur Inklusiven Schule

In den Jahren danach entwickelte sich der Gemeinsame Unterricht, Grundschulen und später auch weiterführende Schulen (in der Regel Integrierte

Gesamtschulen) wurden zu Integrativen Schulen. Der Elternbund unterstützte die Entwicklung durch Informationen, bei Kundgebungen, in Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und Verordnungen.

Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention folgte ein nächster Schritt. Die Konvention besagt, dass behinderte Kinder nicht aufgrund ihrer Behinderung vom Besuch einer Grundschule oder einer weiterführenden Schule ausgeschlossen werden dürfen. Vielmehr soll ihnen gleichberechtigt mit anderen – nichtbehinderten – Kindern der Zugang zu einem inklusiven, unentgeltlichen Unterricht ermöglicht werden. Damit wurde der Schritt vom Gemein-

samen Unterricht zur Inklusiven Schule vollzogen.

Im ebh-Elternbrief waren der Gemeinsame Unterricht und die Inklusiven Schule oft Thema. Und gemeinsam mit dem Landesbehindertenrat Hessen, der Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam Leben Hessen“, der Landesschülervertretung (LSV) sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Landesausländerbeirat (agah) begleitet der Elternbund hessen in der Gruppe Inklusionsbeobachtung (GIB) Hessen die Umsetzung der Konvention. Zusammen mit GIB Hessen entstand auch der ebh-Elternratgeber Heft 4 „Inklusion“ (siehe Rückseite).

Die wichtigsten Unterschiede zwischen integrativer und inklusiver Praxis fasst die folgende Tabelle von Andreas Hinz zusammen.

Praxis der Integration	Praxis der Inklusion
• Eingliederung von Kindern mit bestimmten Bedarfen in die allgemeine Schule	• Leben und Lernen für alle Kinder in der allgemeinen Schule
• Differenziertes System je nach Schädigung	• Umfassendes System für alle
• Zwei-Gruppen-Theorie (behindert/nicht-behindert, mit/ohne sonderpäd. Förderbedarf)	• Theorie einer heterogenen Gruppe (viele Minderheiten und Mehrheiten)
• Aufnahme von behinderten Kindern	• Veränderung des Selbstverständnisses der Schule
• Individuumszentrierter Ansatz	• Systemischer Ansatz
• Fixierung auf die institutionelle Ebene	• Beachtung der emotionalen, sozialen und unterrichtlichen Ebenen
• Ressourcen für Kinder mit Etikettierung	• Ressourcen für Systeme (Schule)
• Spezielle Förderung für behinderte Kinder	• Gemeinsames und individuelles Lernen für alle
• Individuelle Curricula für einzelne	• Ein individualisiertes Curriculum für alle
• Förderpläne für behinderte Kinder	• Gemeinsame Reflexion und Planung aller Beteiligten
• Anliegen und Auftrag der Sonderpädagogik und Sonderpädagogen	• Anliegen und Auftrag der Schulpädagogik und Schulpädagogen
• Sonderpädagogen als Unterstützung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf	• Sonderpädagogen als Unterstützung für Klassenlehrer, Klassen und Schulen
• Ausweitung von Sonderpädagogik in die Schulpädagogik hinein	• Veränderung von Sonderpädagogik und Schulpädagogik
• Kombination von (unveränderter) Schul- und Sonderpädagogik	• Synthese von (veränderter) Schul- und Sonderpädagogik
• Kontrolle durch ExpertInnen	• Kollegiales Problemlösen im Team

Kindgerechte Schule

Um den Begriff „Kindgerechte Schule“ in die Öffentlichkeit zu tragen organisierte der Elternbund Hessen im Juni 1986 einen 2-tägigen Kongress in der Fachhochschule in Frankfurt am Main. Die Ergebnisse der Podiumsdiskussion wurden im Elternbrief dargestellt (siehe Kasten).

Zu einer „Kindgerechten Schule“ gehörte (und gehört) für den Elternbund noch mehr, nämlich eine Schule ohne Hausaufgaben und ohne Noten.

Schule ohne Hausaufgaben

„Hausaufgaben sind Hausfriedensbruch“, so titelte DER SPIEGEL am 22. März 1982. Anfang der 80er Jahre war eine Diskussion über Sinn und Unsinn von Hausaufgaben entbrannt. Mütter wehrten sich dagegen als „Hilfslehrer der Nation“ zu fungieren.

Als Dorothea Schlegel-Hentrich, die damalige ebh-Vorsitzende, 2002 in einem Interview mit der FAZ die Abschaffung der Hausaufgaben gefordert hatte, gab es eine scharfe Reaktion vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch. Er bezeichnete diese ebh-Forderung als „realitätsferne 68-er Träumerei“ und eine „weitere Krönung im Katalog der Unsinnigkeiten“ nach Veröffentlichung der PISA Studie. Genau so wie Ganztagschulen, Zwangs-Vorschulen und die Abschaffung des Sitzenbleibens. Koch forderte „mehr Anstrengung der Kinder und vor allem mehr Engagement der Eltern bei der Begleitung der Schullaufbahn ihrer Kinder“ (*Quelle: dpa 14. 2. 2002*). Dabei hatte Dorothea Schlegel-Hentrich durchaus stichhaltig argumentiert: „Viele Eltern sind mit der Hilfe bei den Hausaufgaben überfordert, weil sie berufstätig sind oder weil sie den komplizierten Schulstoff

einfach nicht beherrschen. Dann müssen Eltern sich die Leistung durch teure Nachhilfe erkaufen.“

Natürlich können Hausaufgaben sinnvoll sein. In einem Beitrag für den ebh-Elternbrief (Nr. 69, März 2002) schrieb Dorothea Schlegel-Hentrich dazu: „Sinnvolle Aufgaben zur Vertiefung und Weiterbearbeitung des erlernten Stoffes können nur gezielt unter dem Gesichtspunkt der individuellen Förderung gestellt und unter qualifizierter Begleitung bearbeitet werden. Sie müssen in den Ablauf des Schultages sinnvoll integriert sein. Dazu bedarf es Zeit und einer Schulorganisation, die das Feststellen von Stärken und Schwächen überhaupt möglich macht. Aus Sicht des Elternbundes kann dies nur eine Ganztagschule leisten, die dem Grundsatz „Fördern statt Auslesen“ verpflichtet ist.“

Schule ohne Noten

Seit seiner Gründung plädiert der Elternbund für die Einführung von Lernentwicklungsberichten statt Ziffernbenotung. Im ebh-Elternbrief 49 (März 1997) wurden Argumente Pro und Kontra aus der Zeitschrift „Humane Schule“ dargestellt. Wir veröffentlichen sie auf der nächsten Seite, weil sie nach wie vor lesenswert sind.

Auch heute wird noch über die Noten gestritten. Im Elternbrief 115 sprachen unsere Autoren vom „Mythos der Vergleichbarkeit“ (Josef Lanig), bezeichneten sie als „ein besonderer Fetisch unserer zahlenfixierten Gesellschaft“ (Detlef Träbert), und Prof. Dr. Georg Lind bezeichnete die Notenpraxis als „nicht demokratiekonform“. Aber die Kultusministerkonferenz hält eisern daran fest.



Eine kindgerechte Schule

forderten der Elternbund Hessen und die Mitveranstalter auf der Tagung am 6./7. Juni 1986 in Frankfurt am Main.

An der Podiumsdiskussion nahmen Enja Riegel (Schulleiterin), Prof. Dr. Paulig (Aktion Humane Schule), Prof. Dr. Wolfgang Klafki (Uni Marburg), Prof. Dr. Walter Bärsch (Kinderschutzbund), Prof. Dr. Dieter Breitenbach (Kultusminister des Saarlandes), Karl Schneider (Hessischer Kultusminister), Joachim Albrecht (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und Prof. Gertrud Beck-Schlegel als Diskussionsleiterin teil.

- Die wesentlichen Forderungen dieser Diskussionsrunde waren:
- Das einzelne Kind muß zentral in den Mittelpunkt gestellt werden;
 - Die Schule muß ihm selbstgesteuertes, aktives Lernen ermöglichen;
 - Dazu benötigt die Schule mehr Eigenverantwortung, mehr Selbstverwaltung;
 - Der Lehrer und die Lehrerin müssen offensiv als Anwalt des Kindes auftreten;
 - Kinder wollen ernstgenommen werden. Nicht nur Spaß an der Schule ist wichtig, sie müssen auch Trauer, Freundschaft und Probleme erfahren.
 - Der Leistungsbegriff muß neu definiert werden;
 - Inhalte müssen statt der Zensuren wieder in den Vordergrund treten;
 - Fachdisziplin, 45-Minuten-Takt, die an der Universität ge-lernte Didaktik entsprechen nicht dem "Offenen Unterricht";
 - Die Lehrerbildung muß geändert werden, hin zum schüler-zentrierten Unterricht.

Es sah so aus, als wenn sich alle einig wären:

Eine kindgerechte Schule ist möglich!

Ziffernbenotung oder...

Argumente für Ziffernbenotung

- Noten sind praktisch. Sie erlauben eine rasche Leistungsbewertung sehr vieler Schülerarbeiten. Und jeder versteht sie.
- Die Eltern erhalten laufend Rückmeldungen über den Lernerfolg. Noten erleichtern in soweit auch die Kontrolle der Lehrer.
- Schlechte Noten warnen beizeiten vor bedenklichen Entwicklungen („Frühwarnsystem“).
- Die weiterführenden Schulen erteilen auch Ziffernzensuren. In der Grundschule können die Kinder behutsamer an die Notengebung herangeführt werden.

Argumente gegen Ziffernbenotung

- Zensuren verändern die Motivation der Schüler: Sie verdrängen die ursprüngliche Freude der Kinder am eigenen Kompetenzzuwachs und erzeugen statt dessen den fragwürdigen Wunsch, besser zu sein als die anderen. An die Stelle der Sachmotivation tritt die Konkurrenzorientierung.
- Zensuren täuschen Klarheit vor, doch sie sind nur Symbole für subjektive Werturteile.
- Zensuren täuschen Vergleichbarkeit vor und werden auch ständig zu Vergleichen herangezogen. Doch sie sind gar nicht vergleichbar, denn sie gehen aus jeweils ganz unterschiedlichen Lern- und Prüfungssituationen hervor. Der Vergleich ist unsachlich.
- Die Konzentration auf die Lernergebnisse bei der Zensurenggebung unterschlägt die Bedingungen, unter denen die Leistung erbracht wurde. Dadurch werden insbesondere Kinder aus schwierigen Lebensverhältnissen systematisch benachteiligt.
- Die gehäufte Rückmeldung von Mißerfolgen und der erniedrigende Vergleich mit den erfolgreicherer Klassenkameraden zerstören dauerhaft die Leis-

tungsbereitschaft der langsam lernenden Schüler. Zensuren sind leistungsfeindlich.

- Zensuren helfen nicht, denn sie beinhalten keine Analysen der Fehlerursachen und geben keine Hinweise für bessere Lernstrategien.
- Zensuren legen einen für alle Schüler gleichen Unterricht nahe. Sie erschweren die Differenzierung im Unterricht. Sie sind in sofern nicht mehr zeitgemäß.
- Zensuren erlauben keine sichere Prognose bei der Wahl der weiterführenden Schule. (Fehlerquote bei Schullaufbahnprognosen auf Notenbasis über 30 %).

...Lernentwicklungsberichte?

Argumente für Lernentwicklungsberichte

- Lernentwicklungsberichte erleichtern die Differenzierung im Unterricht. Sie tragen der Ungleichzeitigkeit und Individualität des Bildungsprozesses besser Rechnung. (Davon profitieren auch die starken Schüler!)
- Lernentwicklungsberichte ermöglichen eine differenzierte Beschreibung der Stärken und Schwächen jedes einzelnen Kindes in jedem Lernbereich. Davon profitieren alle Schüler.
- Lernentwicklungsberichte können gezielte Hinweise für künftige Lernstrategien enthalten und so dazu beitragen, vorhandene Defizite wirkungsvoll zu überwinden.
- Lernentwicklungsberichte vermeiden den schädlichen Vergleich zwischen Kindern.
- Lernentwicklungsberichte helfen dem schlechten Schüler, das Gesicht zu wahren, Mut zu behalten und sich trotz seiner Lernschwierigkeiten weiter zu bemühen.



- Lernentwicklungsberichte zwingen die LehrerInnen mehr als Ziffernzeugnisse, über jedes einzelne Kind sehr gründlich nachzudenken.

Argumente gegen Lernentwicklungsberichte

- Die Rückmeldung über die Lernerfolge der Kinder kommt zu selten, wenn nicht zusätzliche zu den jährlichen Berichten während des Schuljahres intensive Elternkontakte stattfinden.
- Lernentwicklungsberichte sind manchmal schwer zu verstehen. Die Texte sind bisweilen verschwommen. Es steht bei einigen LehrerInnen immer dasselbe drin, vor allem dort, wo im Unterricht wenig oder gar nicht differenziert gearbeitet wird.
- Lernentwicklungsberichte sind nicht immer ehrlich. Sie beschönigen bisweilen die schwachen Leistungen der schlechten Schüler. (Dies ist jedoch eher ein Mangel an der Ausführung als ein Mangel dieser Form der Lernerfolgrückmeldung).

Aus: „Humane Schule“, April 1994

Schule in der Demokratie

Die Schule in der Demokratie muss eine Schule sein, die es allen Kindern – unabhängig von ihrer Herkunft – ermöglicht einen guten Schulabschluss zu erreichen. Seit seiner Gründung hat der Elternbund hessen sich eingesetzt für mehr Chancengleichheit in der Schule.

Das war ein wichtiges Ziel der Förderstufen und Gesamtschulen: die frühe Trennung der Kinder nach der Klasse 4 zu überwinden. Denn alle wissenschaftlichen Untersuchungen belegten, dass bei der Wahl der weiterführenden Schule nicht so sehr die Begabung sondern vielmehr die Herkunft entscheidend war.

Deshalb hat der Elternbund sich bemüht, die absolute Mehrheit der konservativen Kräfte im Landeselternbeirat zu durchbrechen.



Und die Schule in der Demokratie kann nur eine demokratische Schule sein. Deshalb war die Elternmitbestimmung ebenso wie Mitbestimmung von Schüler*innen von Anfang an ein wichtiges Thema für den ebh.

Auseinandersetzungen mit dem Landeselternbeirat

1976 war es dem Hessischen Elternverein, der 1972 mit kräftiger Unterstützung der CDU und der Wirtschaft gegründet worden war, gelungen mit einer Art „Staatsstreich“* den Landeseltern-

beirat zu übernehmen und so – mit dem Anspruch die demokratisch gewählte Vertretung der (sprich aller) hessischen Eltern zu sein – die Bildungspolitik der SPD-Regierung anzugreifen. So wurde aus dem Landeselternbeirat eine Art außerparlamentarische Opposition mit dem Ziel Förderstufen und Gesamtschulen zu verhindern.

Gemeinsam mit anderen Reformkräften hatte der Elternbund sich im „Bündnis Bildung für alle“ zum Ziel gesetzt die Mehrheiten im Landeselternbeirat zu verändern. Beim Landeselternbeirat im Juni 1985 ging es hoch her. Der amtierende Kultusminister, der weiterhin für die Einführung der Förderstufe warb, wurde vom vornehmen Publikum kräftig ausgebuht. Redner, die sich gegen die „Zwangsförderstufe“ aussprachen, wurden frenetisch bejubelt. Durch gezielte Absprachen gelang es dem Hessischen Elternverein wiederum die Mehrheit der Sitze im Landeselternbeirat zu besetzen. Dennoch ein Anfang wurde gemacht: die Vertreterin der Integrierte Gesamtschulen war ebh-Mitglied. Und es ging weiter: nach der nächsten Wahl (1988) hatte die konservative Mehrheit nur noch 2/3 der Sitze. Der Schulbeauftragte der CDU Main-Taunus malte 1991 in einem Rundschreiben an alle Mitglieder „ein Schreckensbild“: Der Landeselternbeirat würde im Grundschulbereich „von rot-grünen Anhängern beherrscht“. Es sei zu befürchten, dass diese Anhänger auch später in den weiterführenden Schulen in den Elternvertretungsgremien sitzen würden und damit die konservative Mehrheit im Landeselternbeirat verloren ginge.

Seine Befürchtungen waren berechtigt. Nach und nach schwand der Einfluss des Hessischen Elternvereins, es gab immer mehr reformorientierte Eltern im Landeselternbeirat.

Und der kümmerte sich fortan um die Qualität des Unterrichts, um Lehrerversorgung und Klassengrößen und um die Stärkung der Elternmitwirkung. Im Jahr 2006 wurde unser ebh-Mitglied Kerstin Geis zur Vorsitzenden des Landeselternbeirats gewählt.

Elternmitbestimmung in der Schule

Wer mitwirken und mitbestimmen will, muss seine Rechte kennen. Der Elternbund organisierte – gemeinsam mit Volkshochschulen und dem DGB-Bildungswerk – Seminare für Elternvertreter*innen, damit sie ihre Rechte kennenlernten und sich im Dschungel der Gesetze, Verordnungen und Erlasse zu recht finden konnten. Aus diesen Seminaren heraus entstanden die ebh-Elternratgeber, die auf Grund der großen Nachfrage immer wieder neu aufgelegt werden. Mehr Informationen zu den Elternratgebern finden Sie auf der Rückseite.

Ein weiteres wichtiges Medium bleibt der ebh-Elternbrief. Er informiert über bildungspolitische Entwicklungen, über die aktuelle pädagogische Diskussion und beantwortet in der Rubrik „Rat & Hilfe“ Fragen von Eltern und Elternvertreter*innen, die am ebh-Elterntelefon gestellt werden.



Die Schulkonferenz: Demokratie in der Schule

Mit dem „Neuen Hessischen Schulgesetz“ wurde 1993 ein großer Schritt für mehr Demokratie in der Schule getan: die Einführung der Schulkonferenz. Endlich gab es auch in Hessen ein Gremium aus Eltern, Lehrkräften und Schüler*innen, das über vieles in der Schule entscheiden konnte.

* Horst Speichert in DIE ZEIT vom 8. 2. 1985, www.zeit.de

Lehrermangel, Unterrichtsausfall und keine Ende ...

Zu große Klassen, zu wenig Lehrer*innen, Unterrichtsausfall, es ist ein Dauerproblem. Und der Zusammenhang ist klar: Wenn zu wenig Lehrer*innen in den Schulen sind, muss man größere Klassen bilden und/oder die Zahl der Unterrichtsstunden kürzen. Und im Laufe der letzten 40 Jahre konnten Eltern das alles erleben.

Ein Blick zurück

Schon in 1970, lange bevor der Elternbund gegründet wurde, hatte sich in Frankfurt die Bürgerinitiative „Verändert die Schule – jetzt“ gegründet. Sie forderte für die Grundschulen die Senkung der Klassenfrequenz auf 20 Schüler*innen, Erhöhung der Stundenzahl und mehr Mittel für die Ausstattung der Grundschulklassen mit Arbeitsmaterial.* Der Elternbund war da etwas bescheidener, er forderte für die Grundschule „Keine Klasse über 25 Schüler“.

In den 80er Jahren stellten Frankfurter Grundschulleitern fest, dass – gemessen an der amtlichen Stundentafel – sehr viel Unterricht ausfiel. Die „Aktion Ehrliche Stundentafel“, an der auch viele ebh-Mitglieder beteiligt waren, wurde gegründet. Eltern wurden aufgefordert selber Zahlen zusammenzustellen: Haben die Klassen an Ihrer Schule mehr als 25 Schüler*innen? Wie viel Stunden schreibt die Stundentafel in den einzelnen Fächern vor? Werden diese tatsächlich unterrichtet? So konnte belegt werden, dass an Frankfurter Grundschulen 140 Lehrkräfte fehlten. Die „Aktion Ehrliche Stundentafel“ forderte den Hessischen Landtag (der im Haushalt 1986 350 Lehrerstellen gestrichen hatte und das Gleiche für 1987 wieder plante) auf, von den Stellenstreichungen Abstand zu nehmen und einen Nachtragshaushalt zu verabschieden.

Aber es wurde kaum besser. Die Kultusbürokratie ließ sich immer wieder Neues einfallen um das Problem schön zu reden. Mal verkündete das Ministerium eine Zahl von Neueinstellungen von

„zusätzlichen Lehrkräften“, aber verschwiegen die Zahl der Lehrkräfte, die gleichzeitig in Pension gingen. Es gab die „Elternmitwirkung im Unterricht“, bei dem Eltern unterrichten sollten, es gab die „Unterrichtsgarantie“ und die „Unterrichtsgarantie Plus“, bei der die Schulen selber vor Ort ihre Vertretungskräfte suchen sollten. Und dann wurde noch die 105%-Lehrerversorgung zugesagt, damit auch bei Krankheit oder Klassenfahrten die Stundentafel erfüllt werden konnte. Das Kultusministerium sprach dabei immer von „Stellen“. Leider gab (und gibt) es nicht genug ausgebildete Lehrkräfte um diese Stellen zu besetzen.



Eine Umfrage des Landeselternbeirats im Jahr 2019 zeigt, dass Unterrichtsausfall an Hessens Schulen immer noch Alltag ist. Manchmal fällt der Unterricht ersatzlos aus, manchmal werden die Kinder und Jugendlichen von fachfremdem Lehrpersonal betreut. Ersatzunterricht im jeweiligen Fach durch entsprechende Fachkräfte findet in den meisten Fällen nicht statt. (www.leb-hessen.de)

Und die Zukunft?

Die Ergebnisse der aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung sind mehr als besorgniserregend. Es fehlen bundesweit jetzt schon 26.300 Grundschullehrer*innen und 35.000 Erzieher*innen. Die Schülerzahlen werden weiter steigen. Die Einrichtung von Ganztagschulen und die steigende Zahlen bei der früh-

kindlichen Bildung werden weiteres pädagogisches Personal erfordern. Endlich wird gehandelt: Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen an den Universitäten mehr Studienplätze für das Lehramtsstudium einzurichten, aber diese Maßnahme wird erst in 7 Jahren Wirkung zeigen. So lange dauert ein Lehramtsstudium.

Kurzfristig soll – so meint der Elternbund hessen – die Bezahlung der Grundschullehrer*innen erhöht werden um den Beruf attraktiver zu machen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Grundschullehrer*innen weniger verdienen als ihre Kolleg*innen an weiterführenden

Schulen. Und Lehrkräfte müssen und können entlastet werden: Viele Tätigkeiten an Schulen müssen nicht von ausgebildeten Lehrkräften ausgeübt werden. So können an Schulen z. B.

Verwaltungsfachkräfte, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, technische und pädagogische Assistent*innen bestimmte Tätigkeiten übernehmen. Die Einsetzung von Seiteneinsteiger*innen wird voraussichtlich unumgänglich sein, diese müssen pädagogisch geschult und intensiv begleitet werden.

Zu befürchten ist, dass die Unterrichtsqualität in den kommenden Jahren sinken wird durch weniger Unterrichtsstunden, größere Klassen, fehlende Lehrer*innen bzw. Lehrpersonal, das nicht ausreichend qualifiziert ist. Klassenräume werden fehlen. Das wird vor allem Kinder in den Großstädten betreffen, insbesondere Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien.

* Michael Hartlaub: *Bürgerinitiative „Verändert die Schule – jetzt“ in Heinz Grossmann (Hrsg.): Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung? Fischer Bücherei 1971*

Ganztagsschulen...

Ganztagschulen

Die heutige Halbtagschule mit und ohne Betreuungsangebote am Nachmittag ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Bis dahin war Schule über die Jahrhunderte immer ganztägig mit einer gleichmäßigen Verteilung des Unterrichts auf Vor- und Nachmittag angelegt.

Der Unterrichtstag orientierte sich am Tagesablauf im Arbeitsleben. In der Mittagspause gingen die Kinder nach Hause, um im Kreis der Familie das Mittagessen einzunehmen. (*Guido Seelmann-Eggebert: „Ganztagschulen in Hessen – Perspektive für die Zukunft“ im ebh-Elternbrief 116, September 2016.*) Das Arbeitsleben hat sich stark verändert, die Halbtagschule hat sich bis heute gehalten.

Einige Zahlen

Der Bedarf an Ganztagschulen ist enorm: 60 % der Eltern wünschen sich für ihre Kinder eine Ganztagschule. Aber das Angebot ist gering: nur für ca. 12 % der Schüler*innen gibt es einen Platz an einer voll ausgebauten Ganztagschule. (*Zahlen: Ganztagschulverband 2018.*)

Wenn man nur die Grundschulen betrachtet, sehen die Zahlen besser aus: bundesweit besuchen rund 40 % der Grundschüler*innen eine Ganztagschule, in Hessen sind es 33,6 %. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist festgelegt, dass ab dem Jahr 2025 Eltern einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen bekommen. Dafür müssen bis dahin eine Million weitere Plätze eingerichtet werden.

Ganztagschule oder Betreuung?

Die Kultusminister jonglieren gerne mit den Begriffen. Eine Ganztagsbetreuung ist noch lange keine Ganztagschule. In Hessen spricht man von „ganztägig arbeitenden Schulen“. Davon gibt es drei Formen bzw. „Profile“ (vgl. § 15 *Hessisches Schulgesetz*):

Profil 1: Schulen mit Betreuungsangeboten

Diese decken an mindestens drei Tagen ein Angebot von 7 Zeitstunden von 7:30 bis 14:30 Uhr ab. Am Freitagnachmittag ist die Schule lediglich verpflichtet nach 14:00 Uhr ein Angebot für diejenigen Schüler*innen vorzuhalten, die dieses benötigen. Eine enge Zusammenarbeit mit Kinderhorten und freien Initiativen zur ganztägigen Betreuung von Kindern ist dabei anzustreben. Die Teilnahme ist freiwillig.

Profil 2: Schulen mit Ganztagsangeboten

Sie bieten an fünf Tagen ein Angebot von 7:30 bis 16:00 oder 17:00 Uhr an. Am Freitagnachmittag ist die Schule lediglich verpflichtet nach 14:00 Uhr ein Angebot für diejenigen Schüler*innen vorzuhalten, die dieses benötigen.

Die Angebote werden in Zusammenarbeit mit freien Trägern, den Eltern oder qualifizierten Personen durchgeführt. Sie sollen die kulturelle, soziale, sportliche, praktische, sprachliche und kognitive Entwicklung der Schüler*innen fördern. Die Teilnahme ist freiwillig.

Profil 3: Ganztagschulen

Ganztagschulen bieten an fünf Tagen Betreuung, Unterricht und verpflichtende Ganztagsangebote in der Zeit von 7:30 bis 16:00 oder 17:00 Uhr für alle ihre Schüler*innen an. Die Teilnahme an den zusätzlichen Angeboten ist teilweise oder vollständig verpflichtend; die Entscheidung darüber trifft die Schulkonferenz. In der teilgebundenen Ganztagschule gibt es Ganztagsklassen parallel zu „Halbtagsklassen.“ Die Eltern entscheiden darüber, in welche Klasse ihr Kind gehen soll.



...dringend gesucht!

Der Pakt für den Nachmittag

Der Pakt für den Nachmittag ist eine besondere Form der Betreuungsschule nach Profil 1. Diese Schulen bieten eine Unterrichts- und Betreuungsgarantie bis 14:30 Uhr mit Verzahnung von Unterricht und Angeboten. Anschließend wird eine weitere Betreuung von 14:30 Uhr bis 16:00/17:00 Uhr durch den kommunalen Schulträger angeboten. Die Kosten dafür tragen die Eltern und die Kommunen.

Ganztagsschulen sind die Schulen der Zukunft

Die Zahl der Ganztagsschule wird steigen. Sie bieten eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Das Familienbild, dass der Vater arbeiten geht während die Mutter zu Hause ist und die Kinder nach der Schule ein Mittagessen kocht und die Hausaufgaben beaufsichtigt, entspricht nicht mehr der Realität der meisten Familien.

Aber es geht nicht nur darum. Eine Ganztagsschule bietet mehr Zeit zum Lernen, Zeit für Sport und musische Angebote und Möglichkeiten für individuelle Förderung. Benachteiligte Kinder können so bessere Schulabschlüsse erreichen und somit bessere Chancen für ihre Zukunft bekommen.

Der Bedarf an Ganztagsschulen ist auch in der Politik angekommen. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD sieht vor, Eltern ab dem Jahr 2025 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen zu gewähren. Hierfür fehlen jedoch (Stand: 2019) noch über eine Million Plätze.

Ganztagsschulen zahlen sich aus

Natürlich werden die Einrichtung und der Betrieb von Ganztagsschulen Geld kosten, aber diese Investitionen werden sich lang-

fristig auszahlen. Zu diesem Schluss kommt eine im Auftrag der Bertelsmann Stiftung angefertigte Studie „Zwischen Bildung und Betreuung. Volkswirtschaftliche Potenziale des Ganztags-Rechtsanspruchs für Kinder im Grundschulalter“: „Sofern an den Ganztags-schulen qualifiziertes Personal eingesetzt wird und es pädagogisch wirksame Angebote gibt, könnten benachteiligte Kinder durch die Lernförderung höhere Abschlüsse erreichen und dadurch langfristig ihre Einkommenschancen verbessern. Zudem kämen durch die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehr Eltern in Vollzeitarbeit. Insgesamt käme es so zu höheren Staatseinnahmen und geringeren Ausgaben für die Sozialhilfe.“

(Quelle: DER SPIEGEL 22. März 2019)

Der Elternbund hessen fordert

Der Elternbund hessen fordert überall da, wo die Eltern das wünschen, echte Ganztags-schulen, d. h. Schulen in offener und gebundener Form nach Profil 3. Die Kinder können ab 7:30 Uhr in die Schule kommen, mit einem offenen Anfang. Die Schulzeit endet am Nachmittag um 16:00 oder 17:00 Uhr mit Rhythmisierung von Unterricht und Betreuung. Die Schulen haben ausreichend qualifiziertes Fachpersonal und multiprofessionelle Teams. Die Kosten für die Ganztags-schulen – auch die Kosten für das Mittagessen – trägt das Land.

Solche Ganztags-schulen ermöglichen nicht nur eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie bieten auch mehr Zeit für die individuelle Förderung aller Kinder. Sie sind Lern- und Lebensraum.

Und sie würden ein Ende des Hausaufgaben-elends bedeuten – mehr Zeit für ein entspanntes Familienleben!



Wir brauchen eine Schulwende!

**Ein Ausblick von
Klaus Wilmes-Groebel,
Vorsitzender des
elternbund hessen e. V.**

*Statt Erkenntnis kriegt man Noten,
Lebenschancenzuteilungsquoten.
Dass, so hieß doch der Beschluss,
jeder Mensch was lernen muss,
ist indes fast null und nichtig
und systemisch nicht so wichtig.
Dies hält man weltweit für schlecht,
unsozial und ungerecht.*

*(Michael Hüttenberger: Auf den Busch geklopft.
Verdichtete Anmerkungen zum deutschen
Schulsystem, Mühlthal 2009)*

Was sind die Ergebnisse der letzten 40 Jahre Bildungspolitik in Hessen?

- Wir geben mehr Geld für Schulen aus als jemals zuvor, aber viele Schulen sind Sanierungsfälle, die Investitionen produzieren nicht die gewünschten Ergebnisse; das Geld reicht nicht.
- Die Hauptschulen sind im wesentlichen abgeschafft, es gibt aber immer noch Hauptschulabschlüsse.
- Wir produzieren mehr Abiturienten als jemals zuvor, aber die Wirtschaft beschwert sich über Bewerber*innen mit Abitur, die Schwierigkeiten haben, sich schriftlich auszudrücken.
- Wir haben Inklusion, aber nicht überall, unser Förderschulsystem ist in voller Blüte.
- Die Lehrerbildung ist weitgehend veraltet, viel zu stofforientiert.
- Schule ist immer noch analog, die gewaltigen Veränderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt, werden nicht reflektiert.
- Die Struktur der Schülerschaft hat sich völlig verändert, die Schule hat sich dem nicht richtig angepasst. Chancengleichheit für alle ist nicht gegeben.

- Anstatt Kurs auf Gemeinschafts- und Ganztagschulen zu nehmen, statt ein Schulsystem zu bauen, dass für alle funktioniert, bauen wir weiter an einer Schule die selektiert, die den Misserfolg von vielen Schüler*innen systemisch vorsieht.

Wir brauchen eine Schulwende!

Wie hatte Günther Grass einmal gesagt: „Der Fortschritt ist eine Schnecke!“ Das stimmt, aber die Schnecke der hessischen Bildungspolitik muss jetzt auch mal um die Ecke kommen, damit sie dann endlich (wieder) das Ziel sieht: Ein Schule für alle! Sonst kriecht sie auf ewig den Berg hinan, es wird immer schwieriger, immer teurer, aber es gibt keinen qualitativen Fortschritt.

Wir brauchen eine wirkliche Schulreform,

- die bereit ist, heilige Kühe zu schlachten (z. B. die große Ausleseschule Gymnasium);
- die sich dem Thema der Gemeinschaftsschule wieder zuwendet;
- die die Berufsprofile für die an Schulen Beschäftigten grundlegend modernisiert, denn das alte Hausmeister*in-, Sozialarbeiter*in-, Lehrer*in-Profil trägt schon lange nicht mehr;
- die die Ausbildung der schulisch Beschäftigten neu ausrichtet. Alle Lehrer*innen müssen in die Lage versetzt werden, mit heterogen Klassen- und Lerngruppen zurecht zu kommen. Aussortieren darf keine Option an Hessens Schulen mehr sein!

Das ist mein persönlicher Wunsch – und der des elternbund hessen e. V. – für die hessische Schulpolitik der kommenden Jahrzehnte:

Aussortieren darf keine Option an Hessens Schulen mehr sein!

Der elternbund wird weiterhin alle unterstützen, die auf dieses Ziel hinarbeiten und alle Eltern organisieren, die sich gegen Selektion und ein ewiges „Weiter so!“ zur Wehr setzen.

Die Elternratgeber des Elternbundes hessen

Auf unserer Homepage (www.elternbund-hessen.de) finden Sie von jedem ebh-Elternratgeber eine kostenlose 4-seitige Leseprobe. Sie können die Broschüren bei der Geschäftsstelle des Elternbundes hessen e. V. bestellen, per Post: Oeder Weg 56, 60318 Frankfurt, per Telefon 069 553879, per Fax 069 5962695 oder per E-Mail: info@elternbund-hessen.de Sie können sie auch kostenpflichtig herunterladen. Sonderkonditionen gibt es für ebh-Mitglieder und bei Sammelbestellungen. Fragen Sie nach beim ebh-Elterntelefon 069 553879.



ebh-Elternratgeber Heft 1 Der Klassenelternbeirat

Aus dem Inhalt:

- Zusammenarbeit von Eltern und Schule
- Klassenelternbeirat, Wahlen, Aufgaben und Rechte
- Elternabende: Vorbereitung, Durchführung, besondere Themen

36 Seiten; DIN A4,
Einzelpreis: 4,50 Euro
zzgl. Versandkosten 1,50 Euro



ebh-Elternratgeber Heft 2 Der Schulelternbeirat. Die Kreis- und Stadtelternbeiräte. Der Landeselternbeirat.

Aus dem Inhalt:

- Schulelternbeirat, Aufgaben und Rechte
- Zusammenarbeit mit Schulleitung, Kollegium und Förderverein
- Aufgaben von Kreis-, Stadt- und Landeselternbeirat

40 Seiten; DIN A4, Einzelpreis: 6,00 Euro
zzgl. Versandkosten 1,50 Euro



ebh-Elternratgeber Heft 3 Die Schulkonferenz

Aus dem Inhalt:

- Aufgaben der Schulkonferenz
- Wahl der Mitglieder, Sitzungen
- Anträge und Protokoll
- Zusammenarbeit mit Schulelternbeirat und Gesamtkonferenz

44 Seiten; DIN A4,
Einzelpreis: 6,00 Euro
zzgl. Versandkosten 1,50 Euro



ebh-Elternratgeber Heft 4 Inklusion

Aus dem Inhalt:

- Rechtliche Grundlagen
- Berichte aus Inklusiven Schulen
- Hilfe für Eltern

62 Seiten; DIN A4,
Einzelpreis: 2,50 Euro
zzgl. Versandkosten 1,50 Euro
In Zusammenarbeit mit GIB
(Gruppe Inklusion Beobachtung)
Hessen.



ebh-Elternratgeber Heft 5 Welche Schule für mein Kind?

Aus dem Inhalt:

- Grundschulempfehlung und Elternentscheidung
- Verfahren der Anmeldung
- Bildungsgänge, Schulformen, Schulabschlüsse

32 Seiten; DIN A4,
Einzelpreis: 3,50 Euro
zzgl. Versandkosten 1,50 Euro



Elternratgeber Gesamtschule 4 Jahre Grundschule 6 Jahre Gesamtschule

Aus dem Inhalt:

- was ist eine Integrierte Gesamtschule (IGS)
- die Stärken der IGS
- alle Schulabschlüsse
- Entscheidungshilfen für Eltern

12 Seiten; DIN A5,
Einzelpreis: 1,00 Euro
zzgl. Versandkosten 1,50 Euro